

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 26.09.2006

Transparenzinitiative der Europäischen Union unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Die Europäische Kommission hat am 8. November 2005 eine Transparenzinitiative ergriffen und am 3. Mai 2006 das Grünbuch Europäische Transparenzinitiative u.a. mit dem Ziel vorgelegt, die Informationen über die nationalen Empfänger vom EU-Geldern offen zu legen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein berechtigtes Interesse zu wissen, wofür Steuergelder verwendet werden. Bei einer sachgerechten und verständlichen Ausgestaltung der Informationen kann mehr Transparenz dazu beitragen, Vertrauen zu erhöhen, Verteilungsdiskussionen positiv zu begleiten und somit den Prozess der Europäischen Integration zu unterstützen.

Das im Mai dieses Jahres veröffentlichte Grünbuch stellt detaillierte Forderungen nach öffentlichen Listen mit Subventionsempfängern und Lobbyisten auf und konkretisiert damit die gestartete „Europäische Transparenzinitiative“. Bereits in 11 Mitgliedstaaten werden der Öffentlichkeit Informationen und Daten über die Verwendung von EU-Geldern in unterschiedlicher Ausprägung vorgelegt.

Die Agrarbeihilfen binden 42 % des EU-Haushaltes. Deshalb wird die Diskussion um die Agrarbeihilfen immer schon intensiv geführt und ist durch die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ aktualisiert worden. Diese in vielen Bereichen der Gesellschaft bereits begonnene Diskussion kann durch die Offenlegung der EU-Agrarbeihilfen versachlicht werden und für die anstehende Halbzeitbewertung der Ausrichtung der EU-Agrarpolitik förderlich sein.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Transparenzinitiative der EU aktiv zu unterstützen und an der Entwicklung umfassender und praxistauglicher Instrumente für die Umsetzung der Ziele mitzuwirken,
- die Transparenzinitiative auf alle staatlichen Transferleistungen auszudehnen,
- sich nicht länger der Mitarbeit um eine gemeinsame Vorgehensweise der Bundesländer im Bundesrat zu entziehen.

Für den Bereich der EU-Agrarsubventionen fordert der Landtag als ersten Schritt,

- Daten über Direktzahlungen, Ausfuhrerstattungen, Verarbeitungsbeihilfen und Lagergeldzahlungen offen zu legen,
- die Offenlegung der Daten über Empfänger von EU-Agrarbeihilfen in aggregierter Form so zu strukturieren, dass neben der Förderhöhe der Verwendungszweck, der Förderungsgrund und nach vorliegender Evaluation auch deren Förderungswirkung ersichtlich werden; dabei sollten die Betriebsgröße, die Betriebs- und Bewirtschaftungsart und die Zahl der Arbeitskräfte ersichtlich werden,
- eine Liste in aggregierter Form zu erstellen, aus der die durchschnittliche Höhe der Beihilfe pro ha und Arbeitskraft zu entnehmen ist,

- eine Aufstellung herauszugeben, aus der hervorgeht, welche 100 Unternehmen in Niedersachsen die höchsten EU-Beihilfen erhalten, wobei die Art des Unternehmens ersichtlich sein muss,
- alle Daten für die Öffentlichkeit verständlich aufzubereiten und zu veröffentlichen.

Begründung

Ziel der Transparenzinitiative ist die Offenlegung aller Daten über die Verwendung von EU-Subventionen. Das gilt für alle Transferleistungen! Gemeinsam mit allen EU-Mitgliedsstaaten müssen einheitliche Kriterien und eine öffentliche Informationsplattform entwickelt werden.

In der öffentlichen Diskussion stehen immer wieder die Agrarsubventionen. Aus diesem Grunde wird hier ein erster Schwerpunkt gesehen. Das ist aber nur ein erster Schritt, dem weitere Subventionsbereiche folgen müssen.

Ziel der letzten GAP-Reform ist eine Landwirtschaft, die wettbewerbsorientiert, nachhaltig, natur- und landschaftsverträglich an den Interessen der Gesellschaft orientiert produziert. Zur Sicherstellung dieser Ziele werden die Direktzahlungen an Auflagen in den Bereichen Umweltschutz, Tierschutz, Tierkennzeichnung und Lebensmittelsicherheit gebunden.

Über die Modulation soll ein Teil der Direktzahlungen für die Entwicklung des ländlichen Raumes genutzt werden.

Diese Ausrichtung soll die Akzeptanz der Gesellschaft für Direktzahlungen erhöhen und die Bereitschaft fördern, die multifunktionale Arbeit der Landwirtschaft zu bezahlen. Das Erreichen dieser Ziele wird von Teilen der Gesellschaft in Frage gestellt. In breiten Teilen der Öffentlichkeit wird über die zukünftige Ausrichtung der gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik diskutiert. Landwirte werden dabei häufig pauschal und undifferenziert als Subventionsempfänger titulierte und Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Zuwendungen geäußert.

Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, Daten über Agrarbeihilfen für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, damit auf faktischer Grundlage die Zuwendungsstruktur beurteilt werden kann. In Verbindung mit der Diskussion um die Transparenzinitiative soll eine offene Diskussion über den hohen Wert der Landwirtschaft für das Land und die Menschen geführt und eine zielgerichtete Verwendung der Mittel erreicht werden. Die Initiative für mehr Transparenz liegt im Interesse der Landwirte. Die Offenlegung der Zuwendungen bietet die Chance, Pauschalverurteilungen entgegen zu wirken und klar zu stellen, wer in welcher Höhe und für welchen Zweck Beihilfen erhält. Durch mehr Transparenz, durch Darstellung der Förderwirkung und falls notwendig durch Änderung der Förderkriterien kann für die Zukunft sicher gestellt werden, dass Zuwendungen an die Betriebe und Firmen fließen, die durch ihre Arbeit im ländlichen Raum die Ziele der GAP-Reform erfüllen, nachhaltig wirtschaften, Einkommen und Arbeit sichern.

Dieter Möhrmann

Parlamentarischer Geschäftsführer